

**Offener Brief an**

**Felix Heinrichs, Oberbürgermeister der Stadt Mönchengladbach**

**Josephine Gauselmann (SPD), Erste Bürgermeisterin**

**Petra Heinen-Dauber (CDU), Zweite Bürgermeisterin**

**Hans-Josef Siemes (Grüne) Dritter Bürgermeister**

**Die Mitglieder des Rates der Stadt Mönchengladbach**

Bundesweit, 10.09.2023

Sehr geehrter Herr Heinrichs, sehr geehrte Frau Gauselmann, sehr geehrte Frau Heinen-Dauber, sehr geehrter Herr Siemes,

Mit Besorgnis nehmen wir die Begleitumstände zur Kenntnis, unter denen Eva Engelken in den Rat der Stadt Mönchengladbach nachrückt. Wir nehmen Bestrebungen wahr, dass eine demokratisch gewählte und untadelige Bürgerin Ihrer Stadt an der Ausübung ihres Mandats gehindert werden soll. Wir stehen einer kontroversen Debatte in der Sache aufgeschlossen gegenüber, aber das, was von Parteien und parteinahen Organisationen wie Grüner Jugend, Jusos und linker Partei über Eva Engelken geäußert wird, ist Rufschädigung und hat mit einer sachlichen Auseinandersetzung nichts mehr zu tun.

Wer wir sind

Wir sind Frauen, Mütter, Lesben und sie unterstützende Männer. Wir wenden uns gegen die um sich greifende Misogynie, Homophobie und die Missachtung des Kindeswohls. Wir nehmen frauenverachtendes Verhalten, das Canceln von Meinungen im Rahmen der Meinungsfreiheit und undemokratische Umtriebe wahr, wo wir sie sehen, und prangern diese an. Wir kommen aus allen Regionen Deutschlands und beugen uns keiner Willkür, egal in welchem Gewand sie daherkommt, und keiner Ideologie, auch nicht der Geschlechtsidentitätstheorie.

Aktueller Anlass unseres Briefes: Aufruf zur Kundgebung gegen Eva Engelken

Am 6. September veröffentlichte der CSD Mönchengladbach e.V., vertreten durch Dirk Porucki und Nadine John-Reuen, einen Aufruf zu einer „Kundgebung gegen Transfeindlichkeit“. Im Fokus dieses Aufrufs, der im Onlinemedium Queer.de weiter verbreitet wurde: [https://www.queer.de/events\\_detail.php?event\\_id=7109](https://www.queer.de/events_detail.php?event_id=7109), wird namentlich Frau Eva Engelken, nachrückendes Stadtratsmitglied der Grünen Mönchengladbach, als transfeindlich gebrandmarkt, die „noch“ Grünenmitglied sei. Gleichzeitig wird damit in Zusammenhang gestellt, dass für „Transfeind\*innen und TERFS“ in Mönchengladbach kein Platz sei. Es wird dazu aufgerufen, sich vor der nächsten Stadtratssitzung am 13. September zu versammeln, den Aufruf zu verbreiten, um „ein Zeichen gegen Transfeindlichkeit und für Menschenrechte zu stellen“.

**Um genau was zu tun? Das fragen wir uns besorgt!**

Weltweit werden Frauen, die sich gegen die demokratie- und menschenfeindliche Genderidentitätsideologie wehren, zunehmend gewalttätig angegriffen.



### Der Begriff „TERF“ ist eine Beleidigung gegen Frauen

Der Begriff „TERF“ ist eine strafbare Beleidigung von Frauen. Das hat das Landgericht München im August 2023 festgestellt. Der Begriff TERF transportiere "ein absolutes Feindbild abseits jedes sachlich oder auch polemisch ausgetragenen Diskurses" und diene „primär der Verächtlichmachung und – konkret physischen – Einschüchterung“. Frauen sollen damit als "Vertreter einer illegitimen Haltung von vornherein als persönlich disqualifiziert aus dem demokratischen Meinungskampf ausgeschlossen werden.“

WELT-Artikel, „Radikaler Transaktivismus vor Gericht“: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus246932594/TERF-Urteil-Radikaler-Transaktivismus-vor-Gericht.html>

Exxpress-Artikel <https://exxpress.at/gruene-trans-politikerin-verlor-vor-gericht-terf-beschimpfungen-nun-untersagt/?fbclid=IwAR3GE1gw9j8UavFrsGsqFxxFr47d9Xyp6MuVdKmtleSF-8h4wkk0oookGh0>

Mitglieder des CSD Mönchengladbach bezeichnen Eva Engelken als TERF.

Den Begriff TERF verwenden auch die Initiatoren des Aufrufs gegen Eva Engelken. Damit ist beabsichtigt, sie verächtlich zu machen, um eine Auseinandersetzung zu verhindern!

In dieser Stellungnahme hat Reem Alsalem, UN-Sonderbotschafterin für Gewalt gegen Frauen genau dieses Verhalten gegenüber Frauen, die sich für Frauenrechte einsetzen, getadelt: <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/05/allow-women-and-girls-speak-sex-gender-and-gender-identity-without>.

### Eva Engelkens Kritik an der Genderidentitätsideologie ist begründet!

Das „Selbstbestimmungsgesetz (SBGG)“ wurde am 23. August im Kabinett beschlossen und soll das Transsexuellen Gesetz ersetzen. Es sieht vor, dass jeder Mensch seinen Geschlechtseintrag durch bloße Selbstauskunft beim Standesamt ändern kann. Das öffnet dem Missbrauch Tür und Tor. Bisher verpflichtende psychologische Gutachten entfallen. Missbräuchliches Verhalten wird nur gesehen, wenn Männer sich beispielsweise dem Kriegsdienst durch „Selbstbestimmung“ entziehen oder wenn Asylbewerber sich ggf. eine neue Identität verschaffen wollen. Wenn Frauen Bedenken äußern, dass sich Männer sehr einfach zur Frau deklarieren und in Frauenräume eindringen könnten, wird das von der gesetzgebenden Politik als nicht zutreffend, übertrieben oder gar als Lüge abgetan.

Der Strafrechtsverteidiger Udo Vetter wird hier sehr deutlich: «Der Staat eröffnet mit diesem Gesetz auch Exhibitionisten die Möglichkeit, sich ganz legal Zutritt zu Schutzräumen für Frauen zu verschaffen»  
<https://www.nzz.ch/feuilleton/selbstbestimmungsgesetz-anwalt-udo-vetter-kritisiert-buschmann-ld.1698036?reduced=true>

### Das Gesetz treibt einen Keil zwischen Eltern und Kinder

Mit dem SBGG wären Minderjährige ab 14 Jahren auch ohne Zustimmung der Eltern in der Lage, mithilfe eines Familiengerichts ihren Personenstand zu ändern. Durch die rasante Zunahme von angeblichen trans Fällen, v.a. bei Mädchen, ist damit zu rechnen, dass viele Jugendliche vom SBGG Gebrauch machen werden, z.T. irreversible Pubertätsblocker einnehmen und sich künftig körperverändernden Operationen, z.B. Brustamputationen, unterziehen werden.

Während Geburtsstationen schließen, schnell die Anzahl sog. Genderkliniken, die „Transgendermedizin“ anbieten, in die Höhe: ein gutes Geschäft für Krankenhäuser und die Pharmaindustrie.

Das geplante Offenbarungsverbot mit Strafen bis 10.000 Euro erzwingt die gesellschaftliche Lüge, entgegen biologischer Tatsachen eine Person als das zu bezeichnen, was zu sein sie sich gerne wünscht, auch wenn ihr Geschlecht dem gewünschten nicht entspricht.

Diesem Paradigmenwechsel sollen nun alle gehorsam folgen, geht es nach dem Willen von sog. TransrechtsaktivistInnen. Auch Personen, die mit ihrem Geschlecht hadern, stehen dem kritisch gegenüber.

### Die Grünen von Mönchengladbach

Nach dem Rücktritt von Klaus Barthels und Lena-Zingsheim-Zobel MdL rückt auf der Liste der Grünen Eva Engelken nach. Engelken hatte sich wiederholt an ihre Partei gewandt und sie aufgefordert, sich von der frauenfeindlichen Ideologie und Gesetzgebung zu distanzieren und Frauenrechte zu schützen. Anstatt sich mit begründeter Kritik auseinanderzusetzen, haben sich Ratsfraktion und Kreisverband der Grünen Mönchengladbach von Engelken distanziert und verweigern jegliche Zusammenarbeit.  
<https://lokalklick.eu/2023/06/28/gruene-verwehren-eva-engelken-beitritte-in-rats-und-bezirksvertretungsfraktion/>

Durch dieses für uns nicht nachvollziehbare Festhalten an einer Ideologie hat die Fraktion der Grünen nun in der Bezirksvertretung Nord ihre Stimmenmehrheit verloren. Im Stadtrat selbst gibt es nur noch eine hauchdünne Mehrheit der Ampel, bestehend aus SPD, FDP und Grüne, durch das 34-jährige Stadtoberhaupt Felix Heinrichs.

### Was wir von Ihnen als BürgermeisterInnen und Stadtratsmitglieder erwarten

1. Wir appellieren an Sie, diesen Aufruf nicht zu unterstützen und undemokratischen Umtrieben keine Bühne zu geben.
2. Unterstützen Sie das Stadtratsmitglied Eva Engelken gegen diffamierende, verächtliche und frauenfeindliche Kommentare und Berichterstattung.
3. Bedenken Sie, dass sich eine große Gruppe von Menschen gegen eine einzelne Frau wendet, um sie einzuschüchtern und mundtot zu machen, während sie ihre demokratischen Rechte wahrnimmt.
4. Sorgen Sie dafür, dass im Stadtrat MG Meinungsfreiheit im Rahmen des GG herrscht.
5. Wenden Sie sich gegen diese Ideologie, die Frauen bedroht, sie unsichtbar macht und das Wohl von Kindern und Jugendlichen gefährdet.
6. Sagen Sie Nein zum sog. Selbstbestimmungsgesetz (SBGG)!